

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Siegfried Kasiske
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir
Ausschussmitglied Petra Kolbe
Ausschussmitglied Uwe Reese

Mitglied WBV-Fraktion

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied Gruppe UWG/Grüne

Ausschussvorsitzender Frank Uwe Walpurgis

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes

von der Verwaltung

Fachbereich 50 Peter Albers
Pressesprecherin Julia Muth
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Peter Berger
Ausschussmitglied Werner Bohlen-Janßen
beratendes Mitglied Joachim Stasch

als Gast

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.09.2015
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Berufung / Abberufung eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Soziales **35/2016** und Gesundheit
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Zuschüsse für die Arbeitsloseninitiative (s. Anlage) und die Selbsthilfekontaktstelle
- 5.2 Zeitlicher Ablauf des Umzuges des U-25-Bereiches aus dem Totenweg
- 5.3 Räumliche/Personelle Situation des Fachbereiches Soziales
- 5.4 Terminplanung der Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses
- 5.5 Mobiles Team für die Flüchtlingsbetreuung
- 5.6 Umzug Sozialpsychiatrischer Dienst

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Walpurgis, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.09.2015

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.09.2015, Nr. 6/2015, wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Berufung / Abberufung eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss 35/2016 für Soziales und Gesundheit

Herr Walpurgis verlas die Vorlage 35/2016 und bat um Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Herr Stasch wird als beratendes Mitglied des Ausschusses für Soziales und Gesundheit abberufen.

Als Ersatz für Herrn Stasch wird Frau Margret Wahrheit als beratendes Mitglied in den Ausschuss berufen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Zuschüsse für die Arbeitsloseninitiative (s. Anlage) und die Selbsthilfekontaktstelle

Herr Walpurgis führte in das Thema ein und verwies auf die Berichterstattung in der örtlichen Presse.

Herr Reese berichtete, dass sich der Rat bereits in seiner Sitzung am 17.02.2016 abschließend mit diesem Thema beschäftigt habe.

Der Antrag auf einen Zuschuss für die Selbsthilfekontaktstelle (Seko) wurde zudem zwischenzeitlich zurückgezogen. Man hoffe, die fehlenden Mittel zukünftig durch Sponsorengelder decken zu können.

Der Rat beabsichtigt, in der nächsten Legislaturperiode für den Haushalt 2017/2018 einen Sozialfonds zu gründen, aus dem solche Anträge befriedigt werden könnten.

Herr Möhle erinnerte daran, dass Zuschussanträge bereits zu den Haushaltsberatungen Ende November vorlagen und abgelehnt werden mussten, da es sich um freiwillige Leistungen handle. Eine erneute Antragstellung für das laufende Haushaltsjahr sei dementsprechend sinnlos.

Er bezweifelt jedoch, dass die nun beabsichtigte Gründung eines Sozialfonds bereits als Erfolg bzw. Lösung angesehen werden sollte. Der neugewählte Rat sei diesem Willen in keinerlei Weise verpflichtet.

Vielmehr sieht er auch keine Verpflichtung seitens der Kommune, die Seko finanziell zu unterstützen. § 20h Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) regelt die Förderung der Selbsthilfe durch die Krankenkassen und ihrer Verbände. Diese Möglichkeiten müssten ausgeschöpft werden.

Frau Linsen-Steiner sprach die Wahrnehmung des Themas in der Öffentlichkeit an. Trotz genehmigtem Haushalt komme es immer wieder zum Beschluss von größeren Ausgaben (z.B. Ausbau der Friedenstraße, LED-Werbebanden), die die Verhältnismäßigkeit zu den geringen Zuschussbeträgen in Frage stellen. Sie befürwortet, dass Minderausgaben aus solchen Projekten in einen Sozialfond fließen.

Herr Büscher zog Parallelen zum Bereich Sport. Dort gebe es ebenfalls einen Fond zur Förderung von Vereinen und Projekten. Dies sei also auch im sozialen Bereich denkbar.

Abschließend sagte Herr Reese, dass die gesundheitliche Prävention zu den Aufgaben der Krankenkassen gehöre, da dadurch u.a. auch zukünftige Ausgaben gemindert werden könnten. Wenn der gesetzlich vereinbarte Prozentsatz nicht ausreichend sei, müsse seitens der Politik auf Landes- bzw. Bundesebene eine Erhöhung angestrebt werden.

5.2 Zeitlicher Ablauf des Umzuges des U-25-Bereiches aus dem Totenweg

Herr Walpurgis sagte einleitend, dass diese Angelegenheit bereits im Rat wie auch in der Presse abgehandelt wurde. Dennoch sieht er hier auch eine Zuständigkeit des Ausschusses und bemängelt, dass dieser nicht beteiligt wurde.

Sachstand sei, dass die U-25-Beratungsstelle vom Totenweg in die Schillerstraße (Jobcenter) verlegt werden soll. Die dadurch freiwerdenden Räumlichkeiten sollten ursprünglich von der Migrationsberatung bezogen werden. Diese sei jedoch zwischenzeitlich langfristig in der Kieler Straße untergebracht worden. Daraus stellt sich die Frage, ob ein Umzug der U-25-Beratungsstelle weiterhin erforderlich und sinnvoll sei.

Herr Reese bemerkte dazu, dass die Arbeitssuchenden bislang im Totenweg beraten wurden und auch dort Anträge erhalten haben. Die Antragsabgabe und Bearbeitung erfolgten anschließend jedoch im Jobcenter in der Schillerstraße. Somit sei die Zusammenlegung der Zuständigkeiten unter ein Dach nur zu befürworten.

Frau Meyer-Machtemes erinnerte daran, dass die U-25-Beratungsstelle ursprünglich im Totenweg wegen der Nähe zur GAQ angesiedelt wurde. Durch die Auflösung der GAQ sei die Rückführung der U-25-Beratungsstelle zur Schillerstraße eine nachvollziehbare Konsequenz.

Herr Sieberns stellte den Sachverhalt aus Sicht der Verwaltung dar. Zunächst betonte er, dass die räumlichen Veränderungen zum Zeitpunkt der Planungen für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im November noch nicht bekannt waren und somit bei der Aufstellung der Tagesordnung auch nicht berücksichtigt werden konnten.

Richtig sei, dass sich die Migrationsberatung jetzt in der Kieler Straße befindet und hier kein weiterer Umzug geplant ist.

Seitens der Arbeitsagentur sei nochmals der Wunsch an die Stadt gerichtet worden, die U-25-Beratungsstelle in die Schillerstraße zu verlegen, um die Zusammenarbeit zu optimieren.

Der Fachbereich Soziales habe aufgrund der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen räumliche Probleme in der vierten Etage des Rathauses. Man habe daher die Möglichkeit gesehen, bei einem Umzug der U-25-Beratungsstelle in die Schillerstraße Teile des Jugendamtes in die freiwerdenden Räumlichkeiten der U-25-Beratungsstelle zu verlegen, um im Rathaus für eine gewisse räumliche Entspannung zu sorgen.

Durch diesen Umzug kann die Situation in der vierten Etage zum Vorteil der Mitarbeiter/innen und Bürger/-innen verbessert werden.

Auf Nachfrage von Herrn Möhle antwortete Herr Sieberns, dass die U-25-Beratungsstelle bereits ausgezogen sei und somit im März der Umzug der Teilbereiche des Fachbereiches 51 erfolgen könne.

Frau Ober-Bloibaum fragte nach dem geplanten Umzug des Jugendamtes in die Stadthalle.

Herr Sieberns verwies auf den hierfür zuständigen Jugendhilfeausschuss und gab zu Bedenken, dass es sich bei der eben skizzierten Maßnahme nicht um einen kompletten Umzug des Jugendamtes handle.

5.3 Räumliche/Personelle Situation des Fachbereiches Soziales

Herr Walpurgis ging kurz auf die momentane räumliche und personelle Situation im Fachbereich Soziales ein.

Zum Teil gebe es dort erhebliche bauliche Mängel, wie z.B. Wasserschäden und undichte Fenster, welche dringend behoben werden müssten.

Aufgrund räumlicher Engpässe wurde die Unterhaltsüberprüfung zwischenzeitlich im Kellergeschoß untergebracht, ohne hier u.a. die Datenschutzbestimmungen einzuhalten.

Durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen komme es gerade an Auszahlungstagen im Asylbereich in der vierten Etage zu Menschenansammlungen, welche den Durchgang für andere Besucher/-innen erschweren und auch zu einer insgesamt angespannten Arbeitssituation führen.

Verbesserungen in den genannten Bereichen wären im Sinne der Mitarbeiter/-innen wünschenswert.

Herr Sieberns äußerte sich zur räumlichen Situation im Bereich der Asylbewerberleistungen.

Um hier Verbesserungen zu erreichen, habe man die Anzahl der Auszahlungstage von einem auf drei erhöht. Zudem wird inzwischen ein Sicherheitsdienst beschäftigt. Trotzdem kommt es weiterhin zu größeren Staus und damit verbunden zu Lärmentwicklungen und -belästigungen.

Durch den Auszug von Teilen des Fachbereiches 51 können die frei werdenden Räumlichkeiten durch den Fachbereich Soziales genutzt werden. Dadurch erhoffe man sich eine Entschärfung der räumlichen Situation und eine Verbesserung der Arbeitsatmosphäre.

Herr Sieberns wies ergänzend darauf hin, dass vor dem Umzug der Unterhaltsüberprüfungsstelle in das Kellergeschoss u. a. auch die Einhaltung des Datenschutzes geprüft und auch bestätigt worden sei.

5.4 Terminplanung der Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses

Herr Walpurgis ging auf die mehrfachen Äußerungen von Ausschuss- und Ratsmitgliedern in der Presse ein, in denen kritisiert wurde, dass die letzte Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit im September 2015 stattgefunden habe.

Er zitierte hierzu den § 1 der Geschäftsordnung des Rates, der regelt, dass in den Schulferien keine Sitzungen stattfinden. Die möglichen Sitzungstermine des Ausschusses im Oktober, Dezember und Januar lagen allesamt an Ferientagen. Die Sitzung im November wurde nicht einberufen, da seitens der Verwaltung und der Ausschussfraktionen keine Beratungspunkte vorlagen. Einen Anlass (z.B. Beschlussvorlage) für eine außerordentliche Sitzung gab es nicht.

Die nächste Sitzung wird am 09.03.2016 gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss im Gorch-Fock-Haus stattfinden. Mitarbeiter der Stadtverwaltung werden hier über das Thema Flüchtlinge in Wilhelmshaven berichten.

5.5 Mobiles Team für die Flüchtlingsbetreuung

Herr Sieberns berichtete, dass der Wechsel der zugewiesenen Flüchtlinge von der Aufnahmeeinrichtung in der Albrechtstraße in eigene Wohnungen nicht immer reibungslos verlaufe.

Um diesen Prozess zu begleiten und den Übergang und die Integration zu erleichtern wurde kurzfristig ein mobiles Team, bestehend aus einer weiblichen und einer männlichen Person, gebildet.

Dieses Projekt sei zunächst auf neun Monate befristet. Während dieser Zeit erfolge eine Ausschreibung, um die Maßnahme dann weiterführen zu können.

5.6 Umzug Sozialpsychiatrischer Dienst

Herr Reese informierte den Ausschuss darüber, dass der Sozialpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes in Kürze von der Weserstraße 51 in die Gerichtsstraße 13a umziehen wird.

Er machte den Vorschlag, die neuen Räumlichkeiten im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses zu besichtigen sowie sich dabei über die Arbeit dieser Einrichtung zu informieren.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:25 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in